

HAFTRECHT

Neue Vorab-Strafe?

Beinahe unbeachtet von der Fachöffentlichkeit haben die Regierungsparteien im Oktober 1995 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Haftrechts eingebracht.

Alfred Hartenbach

Die Regierungsparteien haben am 13. Oktober 1995 relativ unbeachtet von den Medien und wohl auch der juristischen Fach- und Standesverbände einen Gesetzentwurf zur Änderung des Haftrechts eingebracht. Nach § 127 a StPO soll ein § 127b eingefügt werden:

»– Die Staatsanwaltschaft und die Beamten des Polizeidienstes sind zur vorläufigen Festnahme eines auf frischer Tat Betroffenen oder Verfolgten auch dann befugt, wenn

- eine unverzügliche Entscheidung im beschleunigten Verfahren wahrscheinlich ist und
 - auf Grund bestimmter Tatsachen zu befürchten ist, daß der Festgenommene der Hauptverhandlung fernbleiben wird.
- Ein Haftbefehl (§ 128 Abs. 2 Satz 2) darf gegen den der Tat dringend Verdächtigen nur ergehen, wenn die Durchführung der Hauptverhandlung binnen einer Woche nach der Festnahme zu erwarten ist. Der Haftbefehl ist auf höchstens eine Woche ab dem Tage der Festnahme befristet.
- Über den Erlass des Haftbefehls soll der für die Durchführung des beschleunigten Verfahrens zuständige Richter entscheiden.«

In der Begründung ihres Entwurfs beklagen die Urheber, daß Staatsanwaltschaften und Gerichte von dem beschleunigten Verfahren nur in geringem Umfang Gebrauch machten und dadurch der »dieser Verfahrensart innewohnende Beschleunigungs- und Ab-

schreckungseffekt« weitgehend ungenutzt bleibe. Sie erhoffen sich von »dem Mittel der Hauptverhandlungshaft einen Anreiz für Richter und Staatsanwälte insgesamt auf eine zügige Anberaumung der Hauptverhandlung zu achten«.

Kritik ist angebracht:

1. Die »Hauptverhandlungshaft« kann nur in Verbindung mit dem beschleunigten Verfahren verhängt werden. Für die von den Urhebern ins Visier genommene Tätergruppe (reisende Täter, wie Schläger- oder Diebesbanden) ist aber gerade das beschleunigte Verfahren wenig geeignet: seine Anwendung erfordert einen einfachen Sachverhalt und eine klare Beweislage, daneben darf eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr nicht erwartet werden. Aus meiner langjährigen Erfahrung als Staatsanwalt und Richter kann ich mir nicht vorstellen, daß gegen Täter aus diesen Kreisen binnen Wochenfrist ein Verfahren zum Abschluß gebracht wird. Und dann? Das Gesetz sieht zwingend die Aufhebung des Haftbefehls vor, der oder die Täter werden entlassen. Will man nun noch einen anderen Haftgrund nachschieben? Eine umfassende Aufklärung eines Sachverhaltes und eine gründliche Hauptverhandlung sind einem schnellen, spektakulären Verfahren mit ungewissem Ausgang vorzuziehen.
2. Reisende Straftäter konnten bisher in der Mehrzahl der Fälle nach dem geltenden Haftrecht inhaftiert werden, wenn etwa

eine begründete Fluchtgefahr, Verdunkelungsgefahr oder Wiederholungsgefahr vorlag. Täter mit festem Wohnsitz im Inland werden zur Hauptverhandlung geladen. Dieser Vorladung wird in aller Regel auch Folge geleistet, da gerade diese Täter in aller Regel anwaltlich vertreten sind und wissen, daß sie die Gefahr einer Vorführung oder gar Inhaftierung (§ 230 Abs. 2 StPO) riskieren. Für die weiteren Fälle ist ein derart massiver Eingriff in ein Grundrecht nicht geboten. Der Bundesregierung liegen übrigens keinerlei Zahlen vor, in welchem Umfang Beschuldigte der Ladung zu einem Hauptverhandlungstermin keine Folge geleistet haben und Termine deshalb verlegt werden mußten.

3. Die »Hauptverhandlungshaft« fordert lediglich die Befürchtung auf Grund bestimmter Tatsachen, der Verhaftete werde einer Hauptverhandlung keine Folge leisten. Diese »Befürchtung« stellt gegenüber den hohen Anforderungen an die in § 112 ff. StPO normierten Haftgründe eine deutlich geringere Hürde auf. Mit der »Befürchtung« wird ein neuer Begriff in das Strafprozeßrecht eingeführt, den man eher bei Wahrsagern sucht. Er ist nicht einmal interpretierbar, wie etwa »Verdacht« oder »Vermutung«, öffnet jedoch einer weiten, kaum kontrollierbaren Anwendung alle Türen und stellt einen Ausstieg aus rechtsstaatlich garantierten Strafverfahren dar.
4. Der Gesetzentwurf weist in seiner Begründung zwar auf die Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit hin, erwähnt jedoch die Beschränkung der Untersuchungshaft (§ 113 StPO) nicht. Die Folge wird sein, daß wohnsitzlose Kleinkriminelle (Ladendiebe, Zechpreller, »Schwarzfahrer«) die Hauptklientel für die »Hauptverhandlungshaft« stellen werden. Aber auch die Hausfrau, die zum vierten oder fünften Mal beim Ladendiebstahl gefaßt wird, der ansonsten brave Arbeiter, den man zum wiederholten Mal ohne Führer-

schein am Steuer eines Kraftwagens ergreift, werden zu denen gehören, die man ohne weitere Gründe in Haft nehmen kann, sofern sie in einem früheren (anderen) Verfahren der ersten Ladung zu einer Hauptverhandlung nicht gefolgt sind: auf Grund dieser Tatsache ist nun eben zu befürchten, daß sie auch diesmal nicht erscheinen werden!

5. Mit den bisherigen Instrumentarien in den §§ 230 und 232 StPO konnten die Gerichte in rechtsstaatlich einwandfreien Verfahren Bagatellkriminalität in vertretbarer Zeit verhandeln und entscheiden. Ein neuer Haftgrund ist nicht erforderlich.

6. Die »Hauptverhandlungshaft« löst vorhandene Probleme nicht. Die Urheber des Gesetzes versuchen den Eindruck zu erwecken, die Justiz werde schneller arbeiten, wenn sie sich nur selbst unter Druck setze.

Dies ist nicht nur ein fataler Irrtum, sondern auch eine verfälschte Darstellung des Leistungswillens von Richterinnen und Richtern. Diese machen ja von dem beschleunigten Verfahren nicht deshalb so wenig Gebrauch, weil sie sich vor der Terminierung scheuen, sondern weil ihre Kalender auf Wochen voraus ausgebucht sind. Daran wird auch der Haftgrund der »Hauptverhandlungshaft« wenig ändern!

Diesen Vorbehalten begegnen Befürworter des Gesetzes mit dem Hinweis, im Geschäftsverteilungsplan könnten Regelungen gefunden werden, diese Verfahren bestimmten richterlichen Dezernaten zuzuweisen. Sieht man einmal davon ab, daß eine solche Regelung auf praktische Schwierigkeiten bei der Mehrzahl der (kleinen) Amtsgerichte stoßen wird, räumt man so ganz nebenbei die Garantie des »gesetzlichen Richters« beiseite und begibt sich verfassungsrechtlich auf sehr dünnes Eis.

Man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß mit der »Hauptverhandlungshaft« Fakten geschaffen werden sollen, die

auch ein eventueller Freispruch nicht mehr revidieren kann. Die Urheber begründen ihren Entwurf in seltener Offenheit:

»Die unmittelbar auf die Tat folgende Konfrontation des Täters mit den strafrechtlichen Folgen kann eine erhebliche erzieherische Wirkung haben und dadurch auf andere abschreckend wirken.«

Damit erhält die Untersuchungshaft eine neue Qualität: ist sie eine vorweggenommene Strafe, erzieherische Maßnahme oder gar als Maßregel der Besserung zu verstehen?!

Nach unserem Verständnis, bestätigt durch mehrere Entschei-

dungen des Bundesverfassungsgerichts (u.a. BVerfGE 19,342 und 32,87) soll sie aber nur der vollständigen Aufklärung der Tat dienen und die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens und der späteren Vollstreckung eines auf Freiheitsstrafe lautenden Urteils dienen.

Der Gesetzentwurf ist nicht nur untauglich und überflüssig, er widerspricht auch verfassungsrechtlichen Grundsätzen.

*Alfred Hartenbach (SPD)
ist Abgeordneter des
Deutschen Bundestages und
Mitglied des Rechtsausschusses*

POLIZEIEINSATZ

Farce mit Folgen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im niedersächsischen Landtag hat Ende Januar 1996 mit einem Eklat den 16. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlassen. Der Ausschuß war auf Antrag der oppositionellen CDU zur Untersuchung des umstrittenen Polizeieinsatzes während der »Chaos-Tage« im August 1995 in Hannover eingesetzt worden. »Der Ausschuß verkommt mehr und mehr zur Farce, in der durch endlose Vernehmungen von Polizeibeamten ausschließlich die höchst einseitige Polizeisicht der Dinge abgefragt wird«. – so die grüne Abgeordnete Silke Stokar.

Rolf Gössner

CDU und SPD hatten zum wiederholten Male sämtliche Be-
weisanträge der bündnisgrünen
Fraktion ohne Begründung in
Bausch und Bogen abgelehnt.
Außerdem ist zwischen den bei-
den Fraktionen bereits der weitere
Verlauf der Untersuchungen so-
weit vorstrukturiert und verengt
worden, daß auch künftig keine
andere Sicht als die Polizeisicht
zum Zuge kommen wird. Bereits
bei der Einrichtung des Untersu-
chungsausschusses ist die bünd-
nisgrüne Oppositionsfraktion aus
formalrechtlichen Gründen be-
nachteiligt worden: Sie durfte le-

diglich ein beratendes Mitglied
ohne Stimmrecht entsenden;
außerdem wurde ihr verwehrt, an
der Formulierung des nun allein
von der CDU diktierten Untersu-
chungsauftrages mitzuwirken.

In der letzten Ausschußsitzung
wurde selbst der Antrag Silke Sto-
kars abgelehnt, den Komplex der
Massen-Ingewahrsamnahmen und
Aufenthaltsverbote durch Zeugen-
befragung zu untersuchen – ob-
wohl es sich dabei um einen ganz
wesentlichen und umstrittenen Be-
reich polizeilicher Zwangsmaß-
nahmen handelte. Die Polizei hat-
te während der »Chaos-Tage«

etwa 2.000 Platzverweise und
Aufenthaltsverbote verhängt und
gegen ca. 1.000 Personen Unter-
bindungsgewahrsam angeordnet
und vollzogen. Für die Verhän-
gung von Aufenthalts- bzw. Stadt-
verboten gibt es im niedersächsi-
schen Polizeigesetz noch keine
Rechtsgrundlage, so daß hier die
verbürgten Grundrechte der Hand-
lungsfreiheit und der Freizügigkeit
praktisch suspendiert wurden.
Außerdem ist im Zusammenhang
mit den Massen-Ingewahrsamnah-
men in mehreren hundert Fällen
gesetz- und verfassungswidrig ge-
handelt worden, weil die nach
Grund- und Polizeigesetz unver-
züglich herbeizuführenden richter-
lichen Entscheidungen selbst nach
24 und 36 Stunden nicht eingeholt
worden sind. Mittlerweile hat das
Amtsgericht Hannover nachträg-
lich die Rechtswidrigkeit der Inge-
wahrsamnahmen in über 80 Fällen
sowie die Rechtswidrigkeit der
Fortdauer der Maßnahmen in über
500 Fällen bestätigt.

Mißbrauch des Polizeirechts

Dieser ganze Komplex mit gra-
vierenden Rechts- und Verfas-
sungsverletzungen wurde also von
der Mehrheit im Parlama-
ntarischen Untersuchungsausschuß
(PUA) schlicht ignoriert. Aus Sicht
der CDU kein Wunder, hat sie
doch von Anfang an die »Chaos-
Tage« zum Sturm auf die liberale
Polizei(rechts)reform der rot-grü-
nen Regierungrsära genutzt. Aber
auch aus Sicht der SPD-Fraktion
ist diese Ignoranz folgerichtig, hat
sie doch bereits die potentiellen
»Erkenntnisse« des PUA lange vor
Abschluß der Untersuchungen in
einem Gesetzentwurf zur Ver-
schärfung des liberalen rot-grünen
Polizeigesetzes zusammengefaßt
und im Februar 1996 in den Land-
tag eingebracht (LT-Drucks.
13/1723). Der Entwurf soll – ohne
Experten-Anhörung – bis späte-
stens Mai 1996 im Blitzverfahren
durch die zuständigen Parlama-
ntsausschüsse gepaukt und verab-
schiedet werden, nachdem bereits
1995 unter SPD-Alleinregierung
das rot-grüne Verfassungsschutz-
Gesetz, das liberalste in der Bun-
desrepublik, entscheidend ver-
schärft worden ist. Auch das Da-

tenschutzrecht soll noch zurecht-
gestutzt werden.

Geplant sind im wesentlichen
folgende Polizeirechtsverschärfun-
gen:

- die Ergänzung des sog. Platz-
verweises um ein räumlich und
zeitlich ausgedehntes präventi-
ves »Aufenthalts-(Stadt-)ver-
bot«,
- die Verlängerung der Vorbeuge-
haft von bislang höchsten 48
Stunden auf maximal vier Tage,
- der Wegfall der gerichtlichen
Vorabkontrolle bei der Einrich-
tung von polizeilichen Kontroll-
stellen,
- die Öffnung des bislang abge-
schlossenen Katalogs der sog.
»Straftaten mit erheblicher Be-
deutung« und damit wesentlich
erweiterte verdeckte Hand-
lungsmöglichkeiten weit im
Vorfeld von Straftaten.

Die oppositionelle Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen im nieder-
sächsischen Landtag, in rot-grü-
nen Regierungszeiten (1990 bis
1994) maßgeblich an der Liberali-
sierung des Polizeigesetzes betei-
ligt, hat zahlreiche bundesweit be-
kannte und anerkannte Polizei-
rechtsexperten – Wissenschaftler,
Praktiker und Bürgerrechtsorgani-
sationen – gebeten, zu den neuen
Zumutungen der SPD-Fraktion
kritisch Stellung zu nehmen. Die
zum Teil äußerst besorgten Reak-
tionen der Experten, die in der u.g.
Dokumentation dokumentiert wur-
den, sind recht eindeutig in ihrer
Ablehnung der SPD-Novellierung
als »nicht-erforderlich«, »äußerst
problematisch«, als »verfassungs-
rechtlich unzulässig« oder kurz:
als »rechtsstaatswidrig«.

Mit dem SPD-Gesetzentwurf
wurden also bereits Fakten ge-
schaffen, und entgegenstehende
Erkenntnisse aus dem Untersu-
chungsausschuß sind offenbar
höchst unerwünscht. Mit diesem
Vorgehen wurde der PUA zur Far-
ce gemacht, seine Ergebnisse und
die daraus möglicherweise – oder
auch nicht – zu ziehenden Konse-
quenzen vorweggenommen. Der
Ausstieg der grünen Abgeordneten
Silke Stokar war also folgerichtig.
Sie hat am 22. Februar 1996 zu-
sammen mit dem jugendpoliti-
schen Sprecher der Fraktion, Pico
Jordan, eine vielbeachtete alterna-
tive Zeugenbefragung durchge-